Diskussion über Auftragsvergabe
Die Stadt Schaffhausen soll weiterhin feuerpolizeiliche Aufgaben für Neuhausen übernehmen. / 18

Ernstfalltraining für Polizei und Grenzwache

Im Herblingertal wurde gestern die Trainings- und Schiessanlage Solenberg eingeweiht. Künftig werden dort Schaffhauser Polizisten und Angehörige des Grenzwachtkorps den Gebrauch von Schusswaffen und den Nahkampf üben. Die Anlage ist komplett unterirdisch.

Daniel Jung

Im Schiesskino der Trainings- und Schiessanlage (TSA) Solenberg können unter anderem Fahrzeugkontrollen trainiert werden – mit Laserwaffen oder scharfer Munition. Auf eine Leinwand aus Papier wird ein Fahrzeug projiziert, das angehalten wurde. Der Fahrer verlässt sein Auto und geht auf die Sicherheitskräfte zu. Diese fordern ihn auf, seinen Ausweis zu zeigen. Dann greift der Mann in seine Gesässtasche. In einer Version des Films zieht der Mann einen Ausweis hervor, in einer anderen aber eine Schusswaffe. Entsprechend unterschiedlich muss die Reaktion der Polizisten und Grenzwächter ausfallen, die künftig hier trainieren. Kommt es zur Schussabgabe, zeichnen Kameras das Vorgehen genau auf.

Neben den Filmszenen können im 25-Meter-Schiessstand auch verschiedene Licht- und Lärmverhältnisse erzeugt werden, etwa Nachtsituationen mit Blinklicht oder Musik in Discolautstärke, was den Stresslevel der Trainierenden erhöht. Somit wird die Schusswaffenausbildung um wichtige Möglichkeiten ergänzt.

Im Schiessstand kann mit Laserwaffen oder mit scharfer Munition trainiert werden. BILDER SELWYN HOFFMANN

Nahkampftraining im Dojo

Ergänzend zum Schiessstand verfügt die TSA Solenberg auch über ein Dojo für das Nahkampftraining. Der Trainingsraum verfügt über einen weichen Boden, um Verletzungen im Training zu verhindern. Es gibt in die Decke eingelassene Schienen für Boxsäcke sowie eine Spiegelwand, um erlernte Techniken zu kontrollieren. Hier trainieren Grenzwächter und Polizisten künftig Selbstverteidigung, Schlagstock- und Fesseltechnik. Ebenfalls kann der Einsatz von Elektroschockgeräten und Pfeffersprays geübt werden. Auch dieser Raum verfügt über moderne Beleuchtungs- und Soundsysteme.

Zudem verfügt die TSA Solenberg auf total 1078 Quadratmetern über eine Schiessleitstelle, Räume für den Waffenunterhalt, Garderoben und sanitäre Anlagen, Technik- und Lagerräume, sichere Munitionsmagazine und eine leistungsfähige und turbulenzarme Lüftung. Über einen Warenlift können sogar Fahrzeuge zum Training in den Schiessstand gebracht werden.

«Wir verfügen nun über eine der modernsten Ausbildungsanlagen der Schweiz», sagte Regierungsrätin Cornelia Stamm Hurter gestern an der Eröffnung im Herblingertal. Mit dem Neubau würden die Möglichkeiten in der Ausbildung der bewaffneten Mitarbeitenden der Schaffhauser Polizei deutlich verbessert. «So können wir ein hohes Niveau der Schiessfähigkeit erhalten», sagte Stamm Hurter. In der heutigen Zeit, in der Terroranschläge und Amokläufe zu den realistischen Bedrohungen gezählt werden müssen, sei es klar, dass Polizisten auch für Extremsituationen trainieren müssten.

EZV-Direktor Christian Bock (l.) sowie die drei Regierungsräte Cornelia Stamm Hurter, Martin Kessler und Ernst Landolt.

Beim Fussballstadion: Die Trainings- und Schiessanlage Solenberg wurde komplett unterirdisch erstellt. BILD JÜRG FAUSCH/ZVG

> **«Wir verfügen über eine der modernsten Ausbildungsanlagen der Schweiz.»**
> **Cornelia Stamm Hurter**
> Schaffhauser Finanzdirektorin

Bisher führte die Schaffhauser Polizei ihre Schiesstrainings im stillgelegten Thaynger Steinbruch Wippel und im Langriet in Neuhausen am Rheinfall durch. Der Standort in Thayngen soll auch künftig genutzt werden, um bei realistischen Witterungsbedingungen im Freien zu trainieren. Der Schiessplatz in Neuhausen wird dagegen aufgegeben.

Gute Kooperation mit dem Bund

Neben der Schaffhauser Polizei werden auch die bewaffneten Mitarbeiter der Grenzwachtregion II in der TSA Solenberg trainieren. Aktuell ist geplant, dass die Anlage abwechselnd während zweier Wochen dem Grenzwachtkorps zur Verfügung steht und dann während einer Woche der Schaffhauser Polizei. «Die Eidgenössische Zollverwaltung wird ein intensiver Nutzer sein», sagte deren Direktor Christian Bock gestern. Er lobte die Zusammenarbeit zwischen dem Bund und dem Kanton Schaffhausen, die von sinnvollen Kompromissen und viel Pragmatismus geprägt sei. Er kündigte an, dass sich das Grenzwachtkorps keineswegs von der Präsenz an der Grenze zurückziehen werde. Die künftige Kontrolltätigkeit werde aber risikobasierter und vielseitiger, weshalb eine intensive Zusammenarbeit mit der Polizei zentral sei.

Entsprechend der geplanten Nutzung trägt die Eidgenössische Zollverwaltung den grösseren Teil der Kosten. Während der Schaffhauser Kantonsrat 2016 einen Kredit von 2,63 Millionen Franken bewilligte, beteiligt sich der Bund mit maximal 4 Millionen Franken am Bau. Verbraucht wurden nun rund 5,7 Millionen Franken, womit der bewilligte Kredit um rund 7 Prozent unterschritten wurde, wie Baudirektor Martin Kessler gestern sagte. Rund 70 Prozent der Wertschöpfung seien in der Region geblieben, sagte er.

Beim Polizei- und Sicherheitszentrum

«Der Termin und die Kosten konnten trotz des komplexen Bauvorhabens eingehalten werden», sagte Kessler. Dies sei ein gutes Zeichen im Hinblick auf den Bau des Polizei- und Sicherheitszentrums, das bis Ende 2024 auf derselben Parzelle im Herblingertal entstehen solle. Dieses Vorhaben wurde im Juni vom Volk bewilligt. Die Schiessanlage wird später über die Einstellhalle mit dem Polizei- und Sicherheitszentrum verbunden, wurde aber so geplant, dass sie unabhängig funktioniert.

Die TSA Solenberg wurde komplett unterirdisch erstellt, was unter anderem Vorteile bei der Schalldämmung hat. An der Oberfläche sind lediglich Zäune, Parkplätze, Treppenabgänge und ein Aufbau für Technik und Lüftung sichtbar. In einem Vorprojekt war das Gebäude noch oberirdisch geplant. Nach einer anderthalbjährigen Planungsphase wurde Ende 2017 die Ausführung in Angriff genommen und im November abgeschlossen.

Pensen- und Lohnerhöhungen sind vorerst blockiert

Lange war nicht klar, welche Auswirkungen das Referendum der SVP gegen den Steuerfuss 2019 hat. Nun kommt der Stadtrat zum Schluss, dass Schaffhausen kein rechtskräftiges Budget fürs nächste Jahr hat.

Isabel Heusser

Am Dienstagabend hat die SVP bekannt gegeben, dass sie die nötigen 600 Unterschriften für das Referendum gegen den vom Parlament festgesetzten Steuerfuss von 96 Prozent fürs Jahr 2019 gesammelt hat; morgen werden die Unterschriften bei der Stadtverwaltung eingereicht. Somit kommt es nächstes Jahr ziemlich sicher zur Volksabstimmung. Bei der Stadt war man sich bislang uneins, welche Folgen das Referendum hätte. Stadtschreiberin Sabine Spross hatte von «gravierenden Auswirkungen» gesprochen; Finanzreferent Daniel Preisig (SVP) hingegen war davon ausgegangen, dass das vom Parlament festgesetzte Budget seine Gültigkeit behält, man wisse einfach nicht, mit welchem Steuerfuss.

Inzwischen hat die Stadt für weitere Abklärungen Rücksprache mit dem Volkswirtschaftsdepartement des Kantons genommen, welches in seiner Funktion die Aufsicht über die Gemeinden hat. «Der Stadtrat legt viel Wert auf Rechtssicherheit, damit Beschwerden nicht zu monatelanger Unsicherheit führen können», sagt Preisig. Der Knackpunkt sind die verschiedenen Auslegungen: Die Stadtverfassung und der Beschluss des Stadtrats würden von einem Steuerfussreferendum ausgehen, welches das Budget nicht tangiere, sagt Preisig. Je nachdem, wie man das Gemeindegesetz auslege, sei aber auch das Budget betroffen.

Das Volkswirtschaftsdepartement kommt nun in seiner Stellungnahme gegenüber dem Stadtrat zum Schluss, dass das Budget bei angenommenem Referendum ungültig ist. Und macht auch klar, was das genau bedeutet. Gemäss Finanzhaushaltsgesetz darf der Stadtrat bei nicht bewilligtem Budget nur gebundene Ausgaben tätigen. «Gleichzeitig heisst es darin, dass auch in massvollem Rahmen neue Ausgaben getätigt werden dürfen», sagt Preisig. Weiter werde im Schreiben darauf verwiesen, dass dem Grossen Stadtrat bei einer Rückweisung des Steuerfusses ein Spielraum gegeben werden müsse, um allfällig knapp ausgegangene Budgetanträge nochmals überdenken zu können.

Schulinsel ist fürs Erste gestrichen

Die Stadt hat nun eine Weisung an die Verwaltung herausgegeben, wie in der Zeit ohne rechtskräftiges Budget mit den Finanzen umzugehen ist. Fest steht: Sämtliche gebundenen Ausgaben in der Erfolgs- und der Investitionsrechnung dürfen getätigt werden. Schon rechtsgültige Kredite – dazu gehören etwa Verpflichtungskredite aus Vorjahresbudgets oder von Vorlagen – sind nicht vom Referendum betroffen. Im Budget 2019 bewilligte Investitionskredite dürfen hingegen nur beansprucht werden, wenn ohne den Kredit ein Schaden entstehen könnte – beispielsweise bei einem dringenden Sanierungsprojekt.

Die Massnahmen haben auch Auswirkungen auf die geplanten Pensenerhöhungen – sie werden allesamt zurückgestellt. Will heissen: Wer per 1. Januar eine neu geschaffene oder erweiterte Stelle bei der Stadt hätte antreten sollen, kann das nicht tun. Das hat konkrete Auswirkungen. In der Primarschule Emmersberg wird die geplante Schulinsel vorerst sistiert, weil der dafür vorgesehene Sozialarbeiter seine Stelle nicht antreten kann. «Bei Krediten, die in der Budgetdebatte umstritten waren, sind wir sehr zurückhaltend», sagt Preisig. Ebendiese neue Stelle für die Schulinsel – eine temporäre Auffangstruktur für auffällige Schüler – hatte im Grossen Stadtrat eine Diskussion ausgelöst.

Ausgenommen von dieser Weisung sind gebundene Pensenerhöhungen, beispielsweise in den Alterszentren. Ebenfalls nicht betroffen sind wieder besetzte Stellen mit unverändertem Pensum.

Keine Lohnerhöhungen

Eine weitere Folge des nicht rechtskräftigen Budgets: Die Lohnsummenentwicklung von 1,25 Prozent für das städtische Personal ist blockiert. Wird das Referendum an der Urne abgelehnt und das Budget somit rechtskräftig, werden die Lohnerhöhungen rückwirkend per 1. Januar ausgezahlt.

Die Auswirkungen des Referendums seien zwar unerfreulich, aber begrenzt, sagt Daniel Preisig: «Die Stadt ist nicht vollständig blockiert.» Da man gewisse Ausgaben auch über die gebundenen Kredite hinaus tätigen dürfe, könne man mit dieser Lösung zufrieden sein.

Wann genau das Referendum der SVP zur Abstimmung kommt, steht weiterhin nicht fest. Erst müssten die eingereichten Unterschriften beglaubigt werden, sagt Preisig. Im Januar werde der Stadtrat dann einen Abstimmungstermin festlegen. Momentan sieht es so aus, als wäre dies der 24. März.